

Im Gespräch mit: Christoph Blocher

Die Schweiz solle sich institutionell nicht an die Europäische Union anbinden, sagt SVP-Eminenz Christoph Blocher. Er bricht eine Lanze für die Staatsform der Schweiz, zu der die direkte Demokratie gehört. Zudem möchte er die Zuwanderung zur Schicksalsfrage für das Parlament machen.

«Wir beenden die Personenfreizügigkeit und gehen unseren Weg»

Reto Zanetti

Nach monatelangem Abtasten und Sondieren möchte der Bundesrat wieder mit der EU verhandeln – auch in den institutionellen Fragen von Rechtsübernahme und Streitbeilegung sollen Lösungen gefunden werden. Dagegen formiert sich bereits jetzt namhafter Widerstand: von SVP-Vater Christoph Blocher.

Herr Blocher, für den Bundesrat sind die Sondierungsgespräche mit der EU abgeschlossen. Er möchte wieder mit Brüssel verhandeln und dazu ein Mandat erarbeiten. Denken Sie auch, dass die Zeit für Verhandlungen gekommen ist? Christoph Blocher: Wer ein Verhandlungsmandat beschliesst, muss die eigene Position kennen. Doch der Bundesrat hat sie nicht, zumindest nicht bekannt gegeben. Offensichtlich ist nur, dass man über Details, nicht über die Hauptfrage spricht.

Wie lautet diese Hauptfrage? Blocher: Wie weit wollen wir unsere Staatsform, unsere direkte Demokratie, aufgeben? Die EU will für die Schweiz die Gesetze bestimmen, und die Stimmbürger sollen nicht mehr das Sagen haben, wenn die Schweiz das künftige EU-Recht überneh-

men muss. Dann heisst es nämlich: Die EU schreibt Gesetze und die Schweiz wird bestraft, wenn sie diese Gesetze nicht in ihr eigenes Recht aufnimmt. Soll man das gut heissen?

Sie beobachten, dass diese Frage heruntergespielt wird?

Blocher: Und wie. Bundesrat Guy Parmelin erklärte der EU im Mai 2021, im Auftrag des Bundesrats, die Schweiz werde den Rahmenvertrag nicht unterzeichnen. Er bot neue Verhandlungen an, aber verpasste den entscheidenden Satz: «Einen neuen Vertrag mit der Schweiz gibt es nur, wenn die schweizerische Demokratie erhalten bleibt.»

War es also ein Fehler der Landesregierung, dass sie eine solche Bedingung nicht aufgestellt hat?

Blocher: Natürlich. Aber die Mehrheit des Bundesrats ist bereit, die Schweizer Demokratie für eine politische Anbindung an die EU zu opfern. Dazu wird sogar getrickst. Denn es wird nicht mehr einen einzigen Rahmenvertrag geben, sondern eine Serie von Verträgen. Es gilt die Salamiaktik. Man hofft so, die Befürworter einer unabhängigen Schweiz und das Volk zu ermüden. Darauf muss sich die SVP vorbereiten.

Die EU wird auf eine Lösung bei den institutionellen Fragen, also der Rechtsübernahme und der Streitbeilegung, pochen. Die Schweiz wird diese Punkte nicht ohne Weiteres ausklammern können.

Blocher: Es darf keine institutionelle Einbindung, keinen Kolonialvertrag geben. Dieser Vertrag ist nicht überlebenswichtig. Die EU-Staaten sind mancherorts auf die Schweiz angewiesen. Das kann man bilateral regeln. Aber die Schweiz darf sich nicht institutionell binden.

Weshalb sprechen Sie von einem Kolonialvertrag? Es ist ein Abkommen zwischen zwei souveränen Parteien.

Blocher: Ja, bis zum Abschluss des institutionellen Vertrags sind die beiden Staaten souverän. Und wenn wir uns verpflichten, dass in Zukunft die EU die Gesetze für die Schweiz erlässt und der europäische Gerichtshof endgültig entscheidet, ist die Souveränität preisgegeben. Das ist ein klassischer Kolonialvertrag. Ein Staat – der Kolonialstaat – gebietet dann über den anderen.

Sie sagten, man könne gewisse Themen bilateral regeln – welche?

Blocher: Im Strombereich sind EU-Staaten auf die Schweiz angewiesen.

Inwiefern?

Blocher: Die Schweiz habe Deutschland im Winter 2022/2023 dreimal mit Stromlieferungen aus der Patsche geholfen – sagt mir Deutschland. Zweitens funktioniert der europäische Strommarkt ohne die Schweiz nicht. Die Schweiz bietet Beistand. Aber sich deswegen aufgeben? So etwas wollen nur EU-Befürworter. Sie sehen, wir sind gleich weit wie vor 30 Jahren.

Sprechen Sie von der Abstimmung über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR)?

Blocher: Nach einem Ja zum EWR hätte die Schweiz künftig erlassenes europäisches Recht übernehmen müssen. Um das zu bieten, bereitete der Bundesrat den EU-Beitritt vor. Darum war es eine EWR/EU-Abstimmung. Alles, was Rang und Namen hatte, war dafür – ähnlich wie heute. Doch das Volk und die Kantone haben bei einer Stimmbeteiligung von fast 80 Prozent Nein zum EWR/EU-Beitritt gesagt!

Dann verstehe ich Sie insgesamt richtig, dass Sie mit der EU gar nicht – und anders als vom Bundesrat vorgesehen – über eine institutionelle Annäherung verhandeln würden?

Blocher: Verhandeln schon, aber klar sagen: Es gibt keine institutionelle Anbindung. Änderungen des Schweizer Rechts

benötigen die Zustimmung des Volks, bei der Verfassung auch der Kantone. Das ist der oberste Gesetzgeber in unserem Land und das soll so bleiben.

Die Rechtsübernahme bedeutet nicht, dass das Volk nicht mehr abstimmen könnte. Es könnte sogar Nein zu neuem EU-Recht sagen.

Blocher: Abstimmen schon, aber nicht Nein sagen. Die Schweiz würde bestraft, wenn sie sich gegen die Rechtsübernahme wehrt. Leider macht hier die schweizerische Klasse politike mit.

Im Sommer haben wir über die OECD-Steuerreform abgestimmt. Sie wurde uns von aussen übergestülpt, das Volk konnte praktisch nicht Nein sagen, weil die Nachteile angeblich enorm gross gewesen wären. Worin sehen Sie den Unterschied zur dynamischen Übernahme von EU-Recht?

Blocher: Bei der OECD-Steuerreform hat man ganz genau gewusst, worauf man sich einlässt: 15 Prozent Mindeststeuer für grosse internationale Konzerne. Bis hierher und nicht weiter. Beim Rahmenvertrag müsste sich die Schweiz verpflichten, künftiges europäisches – heute noch unbekanntes – Recht zu übernehmen. Das ist abzulehnen.

Welche Interessen hat die EU Ihrer Meinung nach in Bezug auf die Schweiz?

Blocher: Sie hat zwei Interessen. Die EU will den Beitritt der Schweiz. Weil das direkt nicht geht, versucht man es durch die Hintertüre – mit einem institutionellen Vertrag. Und die Schweiz wäre in der EU hochwillkommen, als gesunder Staat, der zahlen kann. Das zweite Interesse ist: In Brüssel sieht man es nicht gerne, dass es im Herzen Europas ein von Natur aus armes Land wie die Schweiz gibt, das Erfolg hat, gerade weil es selbständig ist. Die EU möchte Europa allein regieren.

Während der Bundesrat den Verhandlungen mit der EU entgegenblickt, sammelt die SVP Unterschriften für die Initiative gegen die 10-Millionen-Schweiz. Sie würde im äussersten Fall die Personenfreizügigkeit aufgeben und so die bilateralen Beziehungen wieder gefährden. Wie lässt sich dieser Widerspruch auflösen?

Blocher: In dem man auf eine institutionelle Bindung verzichtet. Seit der angenommenen Masseneinwanderungsinitiative steht schwarz auf weiss in der Bundesverfassung, was gelten sollte: Die Schweiz steuert die Zuwanderung eigenständig. Doch das Parlament hat diesen Verfassungsauftrag nie umgesetzt, was eine eklatante Rechtswidrigkeit ist. Darum läuft die Zuwanderung aus dem Ruder.



GALERIE Mehr Bilder unter www.shn.ch/click

Welche Alternative zur Personenfreizügigkeit bietet die SVP an? Blocher: Die kontrollierte Zuwanderung. Die Einzelheiten stehen in der Bundesverfassung. Dieses Kontingentsystem funktionierte. Weil man nichts tut, ist die Zu-

Alt Bundesrat Blocher will die direkte Demokratie der Schweiz bewahren. BILDER ROBERTA FELE

wanderung gepaart mit den Asylmissbräuchen kaum zu bewältigen.

Wie erklären Sie der EU, dass Sie die Personenfreizügigkeit beenden wollen? Blocher: Sie führt zu unhaltbaren Zustän-

den. Wir beenden die Personenfreizügigkeit und gehen unseren Weg.

Das wäre wohl das nächste Zerwürfnis mit der EU – nach dem Aus für den Rahmenvertrag.

Blocher: Zerwürfnisse gibt es immer, wenn man selbständig sein will. Das aber sollte uns nicht davon abbringen, freundschaftlich und wirtschaftlich offen, aber politisch unabhängig zu bleiben.

Was macht die Schweiz so stark, dass Sie ihr einen solchen selbständigen Weg weiterhin zutrauen?

Blocher: Wir haben eine Staatsordnung, die auf eine freiheitliche Gesellschaft zugeschnitten ist. Das Volk gibt sich sein eigenes Recht. Die Schweiz ist politisch unabhängig und weltoffen, sie verkehrt mit allen Staaten. Darum geht es der Schweiz weniger schlecht als anderen. In Bundesbern weiss man das. Die Verwaltung aber hat den Kopf und das Herz in der EU.

Sie vermuten einen versteckten Plan? Blocher: Versteckt ist er nicht. Wer Augen hat, der sehe.

Wissen Sie mehr als die Öffentlichkeit?

Blocher: Nein, ich schaue nur genauer hin. Tiana Moser, die neue Zürcher Ständerätin, hat sich vor Jahren an einem öffentlichen Anlass in Klosters für einen EU-Beitritt ausgesprochen. Sie ist klar für einen Beitritt. Sie ist es auch, wenn sie heute das Gegenteil sagt. Sie wusste genau, dass sie ihre Wahl gefährden würde, wenn sie die Schweiz zu nahe an die EU heranrückt. Für die Klasse politique und die Beamten in Bern ist es verlockend, weil sie dann nicht immer das Volk im Nacken haben. Es ist für ihre Macht und finanziell verlockend.

Ist die Schweiz generell zu sehr auf die EU fixiert?

Blocher: Nicht die Schweiz, aber die Klasse politique. Es spricht nichts dagegen, mit allen wichtigen Ländern – neben der EU auch mit USA, Südkorea und südamerikanischen Staaten – Handelsbeziehungen zu unterhalten, wobei die Schweizer Landwirtschaft nicht geopfert werden darf. Sie erfüllt wichtige Aufgaben, wie die Landschaftspflege und eine minimale eigene Lebensmittelversorgung. Deshalb kann sie nicht dem freien Weltmarkt ausgesetzt werden. Sie würde verschwinden. Bisher haben wir mit unseren Handelspartnern immer einen Weg gefunden. Das wird auch in Zukunft so sein.

Nun aber stehen Verhandlungen mit der EU an. Wer ist als Ausserminister am geeignetsten für die Verhandlungen mit der Europäischen Union?

Blocher: Einer, der das Herz und den Verstand hat, für eine selbständige Schweiz einzustehen. Ich sehe keinen der neuen Kandidaten, und ausser den beiden SVP-Bundesräten Guy Parmelin und Albert Rösti keinen der bisherigen.

Trifft das explizit auch auf den amtierenden Ausserminister und FDP-Politiker Ignazio Cassis zu?

Blocher: Er sucht noch am ehesten einen guten Weg. Aber er führt ein Departement, das geistig in Brüssel und nicht mehr in der Schweiz ist. Aber Cassis macht, was die Gesamtregierung beschliesst. Gefragt sind die Parteien. Und da muss auch der Mut aufgebracht werden, gegen die eigenen Bundesräte anzutreten. Adolf Ogi, unser alt Bundesrat, war damals für den EWR-Beitritt, obwohl die SVP dagegen war. Das muss ja nicht zu einem Zerwürfnis führen.

Nationalrat Thomas Aeschi hat vor Kurzem eine Liste der Fraktionsstärken präsentiert. Demnach sind SVP, SP und Mitte-Partei die drei grössten, die FDP nur noch die viertstärkste Fraktion. Stellt die SVP die Zauberformel infrage?

Blocher: Im Grundsatz richtig, aber wann soll das geschehen? Die CVP verspricht inbrünstig, sie wähle keine Bundesräte ab. Aber ich weiss, so viel gelogen wie vor Bundesratswahlen wird offiziell nie. Die SVP hätte nach 1995 schon Anspruch auf zwei Bundesratssitze gehabt. Wir erhielten ihn als grösste Partei auch 1999 nicht. Erst 2003, und nur durch heftigen, ehrlichen Kampf und mit der Drohung, sonst in die Opposition zu gehen, wurde der SVP der zweite Sitz gewährt. So schnell kippt man bestehende Zauberformeln nicht.

Neben sechs Bisherigen werden mit Gerhard Andrey (Grüne), Beat Jans und Jon Pult (beide SP) drei neue Kandidaten um einen Bundesratssitz ins Rennen gehen. Wer hat die besten Chancen?

Blocher: Der Grüne Gerhard Andrey hat keine Chance gegen Cassis.

Und was ist mit den beiden SP-Kandidaten?

Blocher: Grundsätzlich will die SVP einen der vorgeschlagenen wählen. Doch die SP präsentiert keine echte Auswahl. Beat Jans und Jon Pult sind linke Ideologen, ohne Leistungsausweis und ohne Lebenserfahrung. Keiner der beiden hat eine Verbindung zur Arbeiterschaft. Die Parteien hätten es in der Hand, eine echte Auswahl zu fordern. Wer es am Ende wird, ist aber nebensächlich. Wir müssen uns auf die zentrale Frage konzentrieren: Dass bei der Zuwanderung angesetzt wird. Das muss man jetzt erzwingen oder die Zuwanderungsfrage zur Schicksalsfrage für das Parlament machen.

Sie streben also eine Totalrevision der Bundesverfassung an, nach der das Parlament neu gewählt werden muss?

Blocher: Nein. Mir schwebt eine Volksinitiative vor, welche die Zuwanderung begrenzt, und wenn sie angenommen wird, muss sie das Parlament innert zwei Jahren umsetzen. Handelt es nicht, dann müssten Neuwahlen des Parlaments erfolgen. Ich hoffe, dass man in Bern noch erachtet. Dann wird es diese Initiative nicht brauchen.

Blieben wir noch einen Moment in der Gegenwart: Wie wird der Bundesrat in der kommenden Legislatur zusammengesetzt sein?

Blocher: Wenn man den Aussagen trauen kann, wird sich nichts an der Zusammensetzung ändern. Aber, schau, trau wem?



Bundesbern habe Kopf und Herz in Brüssel, sagt Christoph Blocher.

Bezahlen Sie zuviel für Ihr Internet? Dann wechseln Sie jetzt!

Internet ab 49.-/Mt.

Business-Kommunikationslösungen für KMUs & Start-ups

Internet | Mobile | Telefonie | TV

sasag

Zur Person

Christoph Blocher war Präsident der SVP Zürich, Mitglied des Nationalrats und zwischen 2003 und 2007 Bundesrat. Neben seiner politischen Laufbahn war der gebürtige Schaffhauser langjährig Chef der Ems-Chemie Holding sowie Verwaltungsratsmitglied verschiedener Schweizer Industrieunternehmen. Blocher ist 83-jährig, er hat vier Kinder und zwölf Enkel.